SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit

Wagner, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Wagner, C. (2007). *Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit.* (GIGA Focus Asien, 9). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-277054

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

Nummer 9
2007
4,- Euro
ISSN 1862-359X

ASIEN

Demokratie mit sozialer Achillesferse: Indien nach 60 Jahren Unabhängigkeit

Christian Wagner

Am 15. August 2007 feierte die Indische Union ihre 60-jährige Unabhängigkeit.

Analyse:

Zum sechzigsten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit präsentiert sich die Indische Union in einer vergleichsweise guten Verfassung. Die größte Demokratie weist eine politische Stabilität auf, die 1947 nur die wenigsten Beobachter für möglich gehalten hätten. Infolge der Wirtschaftsreformen nach 1991 hat sich Indien mittlerweile zu einer Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft entwickelt. Außenpolitisch hat die Indische Union wie kaum ein anderes Land von den veränderten internationalen Konstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes profitiert. Indien hat seine Beziehungen zu den Großmächten verbessert und neue internationale Anerkennung erfahren.

- Die Minderheitsregierung der United Progressiv Alliance (UPA) unter der Führung der Kongresspartei, die von Linksparteien unterstützt wird, erweist sich trotz einiger Rückschläge als relativ stabil.
- Das rasante wirtschaftliche Wachstum hat zwar die kaufkräftige Mittelschicht vergrößert, doch zugleich hat auch die Ungleichheit zugenommen. Die indische Demokratie weist bis heute massive Defizite bei der Bereitstellung öffentlicher Güter wie Grundbildung und Gesundheit auf. Der ländliche Raum hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung weiter hinterher. Die größte innenpolitische Bedrohung entsteht gegenwärtig durch militante kommunistische Gruppen (Naxaliten).
- Als Folge der Liberalisierung setzt Indien heute mehr als je zuvor auf Weltmarktintegration und ausländische Direktinvestitionen. Das Nuklearabkommen vom März 2006 gibt den indisch-amerikanischen Beziehungen eine neue Qualität. Das Verhältnis zur Volksrepublik China hat sich durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen seit den 1990er Jahren ebenfalls deutlich verbessert. Die weitreichendsten positiven Veränderungen sind im Verhältnis zu Pakistan zu verzeichnen. Aufgrund der Annäherung seit 2003 ist das bilaterale Verhältnis beider Staaten so gut wie selten vorher in ihrer sechzigjährigen Geschichte.

Key words: *Indien, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik*

1. Einführung

Zum sechzigsten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit am 15. August 2007 präsentierte sich die Indische Union in einer vergleichsweise guten Verfassung. Innenpolitisch weist die größte Demokratie der Welt eine politische Stabilität auf, die nur die wenigsten Beobachter bei der Unabhängigkeit im August 1947 für möglich gehalten hätten. Wirtschaftspolitisch haben die Reformen seit 1991 zudem gezeigt, dass die bis dahin erzielte Wachstumsrate von durchschnittlich 3,5 Prozent keine religiös oder kulturell bedingte *Hindu rate of growth* war, sondern lediglich Ausdruck unzureichender wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von über sechs Prozent seit 1991 hat Indien auch seine internationale Rolle deutlich verbessert und zählt mittlerweile neben China zu den Wachstumslokomotiven der Weltwirtschaft. Die Globalisierung hat die wirtschaftliche Interdependenz erhöht, obwohl der Anteil Indiens am Welthandel unter zwei Prozent liegt und die ausländischen Direktinvestitionen nur rund zehn Prozent der Investitionen nach China ausmachen. Im internationalen Kontext signalisieren die strategischen Partnerschaften mit den USA, China, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und der Europäischen Union (EU) deren wachsendes Interesse, Indien stärker in globale Ordnungsfragen mit einzubeziehen. Indien hat damit seit 1991 eine internationale Aufwertung erfahren, die den eigenen Großmachtambitionen entgegenkommt. Die innen- und außenpolitische Entwicklung seit dem Wahlsieg der United Progressive Alliance (UPA) 2004 zeigt beispielhaft einige der Errungenschaften und Probleme Indiens auf.

2. Die innenpolitische Entwicklung

Drei Jahre nach dem Wahlsieg und dem Amtsantritt der UPA-Minderheitsregierung unter der Führung der Kongresspartei erweist sich die ursprünglich aus 14 Parteien bestehende Regierungskoalition trotz einiger Rückschläge als relativ stabil. Premierminister Manmohan Singh, der zunächst als Kompromisskandidat ohne eigene Hausmacht das Amt übernahm, hat sich mittlerweile innen- und außenpolitische Anerkennung erworben, auch wenn Sonia Gandhi als Parteiführerin im Hintergrund die politischen Fäden spinnt. Die kommunistischen Parteien unter der Führung der Communist Party of India/Marxist (CPI-M) sichern der UPA die notwendige politische Mehrheit im Parlament. Allerdings haben die Linksparteien bislang ihre Zustimmung zu wichtigen Reformvorhaben, wie der Privatisierung der Staatsbetriebe, der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und dem Abbau der Bürokratie, verweigert.

Trotz dieser Beschränkungen kann die Regierung ein Wirtschaftswachstum von über acht Prozent in den letzten Jahren vorweisen. Die Ausgaben im Bildungsbereich wurden deutlich erhöht, da die Industrie zunehmend einen Mangel an Fachkräften beklagt. Die unzulängliche Infrastruktur entpuppt sich immer mehr als „Flaschenhals“ für die wirtschaftliche Entwicklung, da die Defizite bei Transport, Energie, Straßenbau und Hafenanlagen, Schätzungen zufolge, mehr als ein Prozent Wachstum kosten. Mit dem Gesetz über das Recht auf Information hat die Regierung ein weiteres wichtiges Reformprojekt begonnen, das die Transparenz der Verwaltung erhöhen und die grassierende Korruption und Patronage eindämmen soll.

Meinungsumfragen bescheinigten der Regierungskoalition trotz einiger Rückschläge bei Landtagswahlen weiterhin einen Vorsprung vor der Opposition. Die Handlungsfähigkeit der Regierung zeigte sich bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2007. Obwohl Präsident Kalam sein Interesse an einer zweiten Amtszeit signalisierte, bevorzugte die Kongressführung Pratibha Patil als Kandidatin für das höchste Amt, die ehedem als Governeurin von Rajasthan auf nationaler Bühne kaum in Erscheinung getreten war. Trotz der öffentlichen Kritik an ihren Verstrickungen in eine Reihe von Skandalen war sie die einzige Kandidatin, die auch für die kommunistischen Parteien akzeptabel war. Sie erzielte bei der Wahl am 19. Juli 2007 einen klaren Sieg im Wahlkolleg, das sich aus den Abgeordneten des Bundesparlamentes und der Länderparlamente zusammensetzt. Damit bekleidet zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit eine Frau das höchste Amt im Staat.

Die Stärke der Regierung resultiert aber auch aus der Schwäche der Opposition. Die hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) hat nach ihrer Wahlniederlage 2004 noch keine politische Antwort auf die UPA gefunden und ist vornehmlich mit internen Streitereien über die künftige politische und personelle Ausrichtung beschäftigt. Die kleineren Regionalparteien spielen zwar auf nationaler Ebene kaum eine Rolle, sind aber als Koalitionspartner für jede der großen Parteien unverzichtbar. Bei den

letzten Wahlen errangen die beiden großen Parteien Kongress und BJP erstmals zusammen weniger als 50 Prozent der Wählerstimmen. Die Fragmentierung und Regionalisierung der indischen Parteienlandschaft bleibt damit eine zentrale Entwicklungslinie des politischen Systems.

Die Bedeutung der Regionalparteien zeigte sich erneut im Frühjahr 2007 bei den Landstagswahlen in Uttar Pradesh, das mit 166 Millionen Menschen der größte Bundesstaat der Indischen Union ist und 80 Abgeordnete ins Parlament entsendet. Die Wahlen gewann die Bahujan Samaj Party (BSP) unter der Ministerpräsidentin Mayawati, die zu den Dalits (Unberührbaren) zählt. Sie schmiedete eine Regenbogenkoalition mit Teilen der oberen Kasten und errang mit 206 von 403 Sitzen die absolute Mehrheit im Landesparlament, weit vor der Kongresspartei und der BJP. Aufgrund der verschiedenen regionalen Konstellationen zwischen den Kasten, Ethnien, Sprach-, Stammes- und Religionsgemeinschaften entstehen in den Bundesstaaten unterschiedliche Parteiensysteme, die das politische System immer unüberschaubarer machen.

Das rasante wirtschaftliche Wachstum seit Mitte der 1990er Jahre hat zwar die kaufkräftige Mittelschicht vergrößert, doch zugleich hat auch die Ungleichheit deutlich zugenommen. Zwar ist die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, kontinuierlich gesunken, doch verläuft der Prozess im Vergleich zu den hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten eher schleppend. 2004/2005 befanden sich nach indischen Angaben noch 22,15 Prozent der indischen Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze (The Times of India, 19.10.2006). Internationale Wirtschafts- und Sozialstatistiken zeichnen demgegenüber ein kritischeres Bild. Zwischen 1990 und 2004 hatten 34,7 Prozent der Menschen weniger als einen US-Dollar pro Tag, 79,9 Prozent der indischen Bevölkerung hatten nicht mehr als zwei US-Dollar täglich zur Verfügung (UNDP, Human Development Report 2006). Trotz verschiedener Anstrengungen ist damit noch nicht abzusehen, ob Indien die Millennium Development Goals (MDG) der Vereinten Nationen (VN) 2015 erreichen wird.

Um die anhaltende Armut und Unterentwicklung vor allem in den ländlichen Gebieten in den Griff zu bekommen, hat die UPA, nicht zuletzt auf Druck der kommunistischen Parteien, ein umfangreiches Arbeits- und Beschäftigungsprogramm aufgelegt. Die wirtschaftlichen Erfolge der vergangenen Jahre konzentrierten sich vor allem auf die Städte und industriellen Zentren des Landes. Dabei blieb die Landwirtschaft weit hinter den Erwartungen zurück, obwohl Schätzungen zufolge noch immer über 60 Prozent der indischen Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig sind. Die hohe Zahl von Selbstmorden von Bauern in Zentralindien, die aufgrund der wachsenden Verschuldung keine Chance mehr zum Überleben sahen, hat die Probleme der Landbevölkerung auch international bekannt gemacht. Mit dem National Rural Employment Guarantee Act (NREGA) verfolgt die Regierung das Ziel, den ärmsten Familien eine Mindestbeschäftigung von 100 Tagen im Jahr zu sichern. Berichte über die ersten Erfahrungen bei der Umsetzung des NREGA zeigen die altbekannten Mängel von Korruption und Misswirtschaft. Bereits in der Vergangenheit waren Gelder für Programme zur Armutsverringerung und zur ländlichen Entwicklung in den Patronage- und Korruptionsnetzwerken der Bundesstaaten versickert. Hier fehlen der Zentralregierung die Möglichkeiten, eine bessere Kontrolle über die Vergabe der Mittel zu erhalten. Der frühere Premierminister Rajiv Gandhi hatte bereits Ende der 1980er Jahre angemerkt, dass von den staatlichen Geldern nur 15 Prozent bei den Ärmsten ankamen. Die Bundesstaaten sind auch für die Bereiche Gesundheit und Primarschulbildung zuständig, die in den Human Development Index der VN einfließen und als Kernbereiche für die Verringerung der Armut gesehen werden. Die Defizite zeigen sich u. a. darin, dass Indien sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit noch immer eine Analphabetenquote von fast 40 Prozent hat.

Die zunehmende Ungleichheit wird auch die sozialen Probleme in den ländlichen Regionen weiter verschärfen. Das Innenministerium sieht mittlerweile in den militanten kommunistischen Gruppen (Naxaliten) die größte innenpolitische Bedrohung noch vor traditionellen Krisenherden wie Kaschmir oder den notorisch unruhigen Bundesstaaten im Nordosten des Landes. Die Naxaliten operieren in einzelnen Landesteilen seit Ende der 1960er Jahre, haben jedoch in den letzten Jahren ihre Aktionsradius deutlich ausgeweitet und sind mittlerweile in der Hälfte der 28 Bundesstaaten und in ca. 30 Prozent der Distrikte aktiv. Sie rekrutieren sich vor allem aus der Stammesbevölkerung und den unteren Kasten, die bisher kaum vom Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre profitiert haben und umfassende Land- und Sozialreformen fordern. Bislang ist es weder der Bundesregierung noch den Landesregierungen gelungen, Verhandlungslösungen mit Naxalitengruppen zu erzielen.

Ein weiteres innenpolitisches Problem erwächst aus der wachsenden Militanz islamistischer Gruppierungen. Eine Reihe spektakulärer Bombenanschläge in den vergangenen Jahren, u. a. in Delhi und Mumbai, zielten auf den 2003 begonnenen Prozess der Annäherung zwischen Indien und Pakistan ab. Als Urheber gelten gewaltbereite Extremisten aus dem Umfeld der Students Islamic Movement of India (SIMI), die Verbindungen zu militanten Gruppen in Pakistan und Kaschmir, wie Lashkar-e-Toiba (LeT) unterhalten sollen. Die Muslime, die mit 13,8 Prozent die größte Minderheit in Indien bilden, haben bisher ebenfalls kaum von wirtschaftlichen Erfolgen der vergangenen Jahre profitiert. Darüber hinaus kommen sie bislang auch nicht in den Genuss von Quoten- und Förderprogrammen für die Stämme und unteren Kasten. Sollten die Aktionen militanter islamistischer Gruppen zunehmen, besteht zudem die Gefahr eines Rückschlags durch gewaltbereite hinduistische Gruppierungen, was zu kommunalistischen Unruhen, wie 2002 in Gujarat, führen könnte.

Zur Förderung des Wirtschaftswachstum plant die Regierung die Einrichtung von etwa 600 Sonderwirtschaftszonen (SWZ) nach chinesischem Vorbild. Ausländische Unternehmen sollen dort eine gute Infrastruktur und besondere steuerliche Anreize für ihre Investitionen erhalten. Die indische Regierung hofft, damit vor allem Arbeitsplätze in der Industrie und im verarbeitenden Sektor zu schaffen. Allerdings gab es eine Reihe von Problemen, da es zu gewaltsamen Ausschreitungen mit Bauern kam, die nicht bereit waren, ihr Land aufzugeben. Besonders heftige Proteste gab es in Nandigram im Bundesstaat Westbengalen, wo bei gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei 14 Bauern getötet wurden, so dass die kommunistische Landesregierung das Projekt vorerst aufgab. Aufgrund dieser Entwicklung hat die Regierung ihre ursprünglichen Pläne deutlich revidiert und plant gegenwärtig nur noch 63 SWZ, von denen 14 bereits in Kraft sind (Times Online, 19.03.2007).

3. Die außenpolitischen Entwicklungen

Im Zuge der Reformen seit 1991 wurden Wirtschaft, Energie und Technologie zentrale Themen der indischen Außenpolitik. Als Folge der Liberalisierung setzt Indien heute mehr denn je auf Weltmarktintegration und ausländische Direktinvestitionen, um die drängenden Probleme Armut und Unterentwicklung zu überwinden. Vor allem die Sicherung der Energieversorgung zur Fortsetzung des Wachstumsprozesses ist zu einem herausragenden außenpolitischen Thema geworden. Da die eigenen Rohstoffreserven die steigende Nachfrage nicht befriedigen können, wird die Energieabhängigkeit Indiens in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Zudem können Indiens Erfolge in der Informations- und Kommunikationstechnologie oder seine Forschungseinrichtungen im Bereich der Bio- und Nanotechnologie nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land weiterhin von der Einfuhr von Technologie abhängig bleibt. Viele Industriestaaten haben seit den 1990er Jahren ihre wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit Indien ausgebaut, die sowohl in den strategischen Partnerschaften mit Deutschland als auch mit der EU höchste Priorität einnimmt. Schätzungen gehen davon aus, dass jedes Jahr etwa 250.000-300.000 Ingenieure indische Hochschulen verlassen. Das Weltraum- und Satellitenprogramm, die Einbeziehung in das GALILEO-Programm der EU und die Teilnahme am Projekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) unterstreichen die technologischen Kapazitäten, die Indien in den sechzig Jahren seit der Unabhängigkeit erlangt hat.

Die wichtigste außenpolitische Entwicklung in der Regierungszeit der UPA mit weitreichenden internationalen Folgen ist das indisch-amerikanische Abkommen über die zivile nukleare Zusammenarbeit. Der ersten Vereinbarung im Juli 2005 folgte ein Abkommen, das beim Besuch von US-Präsident George W. Bush im März 2006 in Neu-Delhi unterzeichnet wurde. Damit setzt Indien auf die verstärkte Nutzung der Atomenergie, um die Energieengpässe zu überwinden und den wirtschaftlichen Modernisierungsprozess fortsetzen zu können. Im Zuge des Abkommens wird Indien langfristig rund zwei Drittel seiner Nuklearanlagen unter die Aufsicht der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) stellen. Zugleich hat das Abkommen eine Diskussion über die Zukunft des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV, „Atomwaffensperrvertrag“) ausgelöst, den Indien bisher nicht unterzeichnet hat. Ende Juli 2007 verständigten sich Indien und die USA über noch strittige Fragen. Das Abkommen muss als nächstes die Zustimmung der Nuclear Suppliers Group (NSG) finden. Des Weiteren muss Indien eigene Schutzmechanismen mit der IAEA aushandeln. Sollten die Verhandlungen erfolgreich sein, wäre Indien in diesem Bereich erstmals seit seinem Atomtest 1974 nicht mehr außenpolitisch isoliert.

Dieser Statusgewinn würde den Großmachtambitionen Indiens weiteren Nachdruck verleihen. Mit dem Abkommen erhielten auch die Beziehungen zu den USA eine neue Qualität, da Teile der Regierung Bush Indien langfristig als strategischen Partner und als Gegengewicht zu China sehen. Das indisch-amerikanische Nuklearabkommen hat deshalb im Sommer 2007 einen heftigen Streit zwischen der Kongresspartei und den Linksparteien ausgelöst. Letztere sehen die künftige außenpolitische Unabhängigkeit Indiens durch eine zu enge Anlehnung an die USA in Gefahr.

Das Verhältnis zur Volksrepublik China, die seit der indischen Niederlage im Grenzkrieg 1962 als Rivale gesehen wurde, hat sich durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen seit den 1990er Jahren deutlich verbessert. China ist mittlerweile nach den USA der zweitgrößte bilaterale Handelspartner Indiens. Auch wenn das wirtschaftliche Engagement Chinas zunehmend kritisch gesehen wird und chinesischen Firmen keine Investitionen in sicherheitsrelevanten Bereichen der Infrastruktur tätigen können, so hat sich spätestens seit der 2005 verkündeten „strategischen Partnerschaft“[1] neben der einst dominierenden *China Fear* mittlerweile auch ein *China Fever* entwickelt, das die wirtschaftlichen Chancen im Verhältnis zu China stärker in den Vordergrund rückt.

Als Folge der Mitte der 1990er Jahre begonnenen „Look East Policy“ hat Indien seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Japan, Südkorea und den Staaten Südostasiens ausgebaut. Aufgrund dieser Anstrengungen hat sich Ostasien mittlerweile zur wichtigsten Wirtschaftsregion für Indien entwickelt. Politisch bemüht sich Indien ebenfalls um eine stärkere Einbindung in die verschiedenen Foren der regionalen Zusammenarbeit. Indien hat seine Beziehungen mit der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) soweit intensiviert, dass bereits über die Einbeziehung Indiens in eine mögliche ASEAN+4 spekuliert wird. Indien nahm an den beiden East Asia Summits (EAS) 2005 und 2007 teil, ist seit 2007 Mitglied der Asia-Europe Meetings (ASEM), verfügt mittlerweile über einen Beobachterstatus in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und strebt eine Mitgliedschaft in der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) an.

Die Konzentration auf wirtschaftliche Fragen in der Außenpolitik hat auch der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) in den 1990er Jahren neuen Auftrieb gegeben. Mit der Gujral-Doktrin 1995/96 betonte Indien das Prinzip der Nichtreziprozität bei Konflikten mit den Nachbarn. Abgesehen von multilateralen Vereinbarungen wie dem 2006 in Kraft getretenen SAARC Free Trade Agreement (SAFTA) intensivierte Indien auch seine bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Nachbarn. Beim SAARC-Gipfel 2007 in Delhi stellte Premierminister Manmohan Singh den kleineren Nachbarn unilateral Handelsvergünstigungen in Aussicht und hob Indiens „asymmetrische Verantwortlichkeit“ für die Region hervor. Mit seiner Vermittlung im nepalesischen Bürgerkrieg, die 2006 zu einem Abkommen zwischen den aufständischen Maoisten und den politischen Parteien führte, gab Indien auch seine seit 1990 betriebene Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheit der Nachbarstaaten wieder ein Stück auf. Abzuwarten bleibt, ob dies den Beginn einer neuen indischen Politik gegenüber den Nachbarn markiert, die im Unterschied zu früher stärkere Zusammenarbeit und Koordination mit der internationalen Gemeinschaft sucht, um innenpolitische Krisen wie in Nepal, Bangladesch und Sri Lanka gemeinsam zu bewältigen. Ein stärker multilateral abgestimmtes Vorgehen bei Regionalkonflikten wäre ein neuer Schritt für die indische Außenpolitik.

Die wohl weitreichendsten positiven Veränderungen sind im Verhältnis zu Pakistan in den letzten drei Jahren zu konstatieren. Seit der von Premierminister Vajpayee 2003 eingeleiteten Annäherung haben sich die Beziehungen nachhaltig verbessert. Der 2004 begonnene Composite Dialogue umfasst u. a. strittige Themen wie Kaschmir und Terrorismus. In diesem Zusammenhang haben beide Seiten eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen vereinbart sowie die Transport-, Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten ausgeweitet. Nach dem verheerenden Erdbeben 2005 in Kaschmir wurde die Kontrolllinie zunächst nur für Hilfsgüter, später auch teilweise für den Personen- und Güterverkehr geöffnet. Selbst Anschläge wie in Delhi und Mumbai konnten den Annäherungsprozess nicht unterbrechen, den Präsident Musharraf und Premierminister Singh bei ihrem Treffen 2005 als „unumkehrbar“ bezeichneten. Das bilaterale Verhältnis stellt sich damit 2007 so gut wie selten zuvor in der sechzigjährigen Geschichte beider Staaten dar, ist jedoch weiterhin vom Streit über Kaschmir und die nukleare Aufrüstung belastet.

[1] Die „strategische Partnerschaft“ wurde nach dem Gipfeltreffen von Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh und seinem chinesischen Gegenüber Wen Jiabao am 11.4.2005 als Zeichen der verbesserten Beziehungen verkündet.

Im globalen Rahmen hat Indien seine Rolle als Fürsprecher der Entwicklungsländer in den Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation weiter gestärkt. Indien hat zusammen mit Brasilien und Südafrika die sog. IBSA-Initiative gegründet, um die Verhandlungsstrategien zukünftig stärker abzustimmen und die bilateralen Beziehungen auszubauen. Indien hat zwar eine Reihe nationaler Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz entworfen, lehnt aber eine Umsetzung internationaler Vereinbarungen, z. B. des Kyoto-Protokolls, ab. Indien verweist hier seit vielen Jahren auf die historische Verpflichtung der Industrieländer und befürchtet durch die Verpflichtung auf Klimaschutzziele eine Einschränkung seiner eigenen Entwicklungsmöglichkeiten.

4. Ausblick

Sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit kann Indien als gefestigte Demokratie gelten. Es gibt einen umfassenden Konsens über die Demokratie, selbst wenn deren Leistungsfähigkeit in vielen Bereichen weiterhin ungenügend ist. Die Erfolge liegen vor allem darin, dass die Ansprüche der verschiedenen Gruppen durch institutionelle Regelungen in das demokratische und föderale System integriert werden konnten. Die Neufestlegung der Bundesstaaten, die Förder- und Quotenprogramme für die verschiedenen Kasten und Stämme oder das Personenrecht für religiöse Minderheiten lösen zwar immer wieder heftige politische Kontroversen aus, sind jedoch unverzichtbare Bausteine für die institutionelle Stabilität des Landes.

Die Achillesferse der indischen Demokratie ist bis heute ihre mangelnde Leistungsfähigkeit im sozialen Bereich, vor allem bei der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Ursachen für diese Defizite liegen u. a. in den politischen Strukturen der Bundesstaaten, die verfassungsrechtlich für Landreformen, Grundbildung und Gesundheit verantwortlich sind. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird das rasante Wirtschaftswachstum die sozialen Probleme kaum von selbst lösen. Die zentrale innenpolitische Herausforderung bleibt somit auch sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit die Entwicklung des ländlichen Raums, in dem noch immer rund 70 Prozent der indischen Bevölkerung leben.

Im globalen Kontext zählt Indien zu den Gewinnern der veränderten internationalen Konstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Kaum ein anderes Land erfuhr seit dieser Zeit einen solchen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung verbunden mit neuer politischer Anerkennung. Abzuwarten bleibt, ob sich damit nun auch jene Großmachtambitionen verwirklichen, die die Gründerväter der Indischen Union bereits am Vorabend der Unabhängigkeit 1947 hatten.

Literatur

Wagner, Christian (2007): Energie, Sicherheit und Außenpolitik in Indien, SWP-Studie 2007/S 12, Mai, Berlin.

Wagner, Christian (2006): Das politische System Indiens. Eine Einführung, Wiesbaden.

Schucher, Günter/Wagner, Christian (Hg.) (2005): Indien 2005. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg.

Der Autor

Dr. habil. Christian Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sein Forschungsgebiet ist die Außen- und Sicherheitspolitik Südasiens.
E-Mail: christian.wagner@swp-berlin.org, Website: http://www.swp-berlin.org/forscher/forscherprofil.php?id=1390.

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 wird ein Forschungsprojekt zum Thema „Parteien in Indien" (Fritz-Thyssen-Stiftung) durchgeführt. Im Rahmen des Paktes für Forschung des Bundes und der Länder erhielt das GIGA den Zuschlag für ein Projekt, das zum Ziel hat, ein Netzwerk europäischer Forschungsinstitute (University of Oxford, Institut de Sciences Politiques, GIGA) aufzubauen, das sich der mehrjährigen Forschung zum Thema „(Neue) Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Mittleren Osten" (zu denen Indien zählt) widmen soll.

GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2006): Faktionalismus in indischen Parteien, in: Köllner, Patrick/Basedau, Matthias/Erdmann, Gero (Hg.), Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M. und New York, S. 275-301.

Betz, Joachim (2006): Die Institutionalisierung politischer Parteien in Indien, in: Politische Vierteljahresschrift, 47 (Dezember) 4, S. 618-640.

Betz, Joachim (2005): Die Organisation und Finanzierung indischer Parteien, in: Schucher, Günter/Wagner, Christian (Hg.), Indien 2005. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg, S. 31-51.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien